AUSSCHUSS FÜR SOZIALES,
JUGEND UND GLEICHSTELLUNG DER
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- Der Vorsitzende -

Marburg, 06.02.2017

Geschäftsstelle:
Fachdienst Soziale Leistungen, Herr Engler
Friedrichstr. 36
Tel.: 2 01 - 14 62
E-Mail: wolfgang.engler@marburg-stadt.de

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung
der Stadtverordnetenversammlung

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung der Stadtverordnetenversammlung

am Mittwoch, 15.02.2017, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg
Tel. Nr. 201 1260,

ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.01.2017

2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Situation im Ausländeramt
Vorlage: VO/5353/2017

3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Konzept "Ombudspersonen für Flüchtlinge"
Vorlage: VO/5326/2017

4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Lebensbedingungen und Perspektiven von Jugendlichen in Marburg 2017
Vorlage: VO/5364/2017

5 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung
Vorlage: VO/5367/2017

6 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP)
Vorlage: VO/5368/2017

7 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kinderbetreuungs-Entwicklungsplan 2017 bis 2021
Vorlage: VO/5369/2017

8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Kinderbetreuung für Berufstätige
Vorlage: VO/5313/2017

9 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Roland Böhm
Vorsitzender

Wolfgang Engler
Geschäftsstelle

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5353/2017** Status: öffentlich Datum: 24.01.2017
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Situation im Ausländeramt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert

- vier neue Stellen im Ausländeramt zu schaffen,
- durch regelmäßige Fortbildungen und Evaluation die interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen zu befördern,
- durch Umbauten dafür zu sorgen, dass das Anliegen von Antragstellenden diskret bearbeitet werden kann,
- die BürgerInnenfreundlichkeit dadurch zu erhöhen, dass ein Warteraum angeboten wird, der Fenster hat,
- die BürgerInnenfreundlichkeit durch die Aufstellung eines Getränke- und Caféautomaten zu erhöhen.

Begründung:

In den letzten Monaten häufen sich die Informationen und Beschwerden von Betroffenen über Missstände im Ausländeramt, die einem deutlichen Gegensatz zum Selbstverständnis Marburgs als Stadt mit einer entwickelten Willkommenskultur stehen. Für viele AntragstellerInnen, insbesondere auch ausländische Studierende ist das regelmäßig erforderliche Aufsuchen des Ausländeramtes nicht nur unangenehm und zeitraubend, sondern eine nicht selten demütigende Angstpartie. Dies bedarf dringend einer Verbesserung.

Auch für MitarbeiterInnen ist die Situation belastend. Immer wieder wird berichtet, dass der erhöhte Druck wegen steigender Fallzahlen und Personalmangel auch zu unangemessenem Verhalten gegenüber Besuchern führt. Vier neue Stellen bedeuten in der Realität nur 2,5 zusätzliche Stellen. Dieses Volumen aber ist angesichts der erheblich gestiegenen Anzahl von zu betreuenden KundInnen dringend erforderlich.

Notwendig sind aber auch – gerade für junge noch unerfahrenen Mitarbeiter – regelmäßige Fortbildungen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz.

Auch ermöglicht die jetzige Beratungssituation im Großraumbüro nicht die erforderliche Diskretion bei der Behandlung und dem Gespräch über oft sehr sensible Daten in einer hohen Stresssituation, die z.B. die Unsicherheit über die Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen mit sich bringt. Deshalb sind Umbauten im Beratungsraum zeitnah erforderlich.

Da es zu langen Wartezeiten in unzureichend klimatisierten, stickigen Warteraum (ein Flur) ohne Fenster kommt, ist ein Wechsel dieses Raums und als Sofortmaßnahme die Aufstellung eines Café – und Getränkeautomaten erforderlich.

Henning Köster	**Tanja Bauder-Wöhr**	**Elisabeth Kula**
Roland Böhm	**Jonathan Schwarz**	**Jan Schalauske**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5326/2017** Status: öffentlich Datum: 12.01.2017
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Konzept "Ombudspersonen für Flüchtlinge"

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung bis zum April 2017 ein Konzept "Ombudspersonen für Flüchtlinge" vor.

Begründung:

Im Zuge der Inbetriebnahme der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Cappel hat die Stadt Marburg Ombudspersonen berufen, die sich unbürokratisch als Ansprechpartner/innen und Unterstützer/innen für Anliegen von Flüchtlingen und Migrant/inn/en engagieren.

Die Berufung von Ombudspersonen hat sich bewährt; es bedarf jedoch nunmehr eines Konzeptes, um diese ehrenamtliche Dienstleistung dauerhaft zu verankern.

In dem Konzept sollte erläutert werden:

- Anzahl der Ombudspersonen, mglw. Geschlechtsverhältnis
- Wahl der Ombudspersonen durch Stadtparlament, ggf. auf Vorschlag des Ausländerbeirates
- Dauer der Amtszeit der Ombudspersonen
- Tätigkeit der Ombudspersonen (z.B. Recht zur Teilnahme an Anhörungen, Recht auf Hinzuziehung von Dolmetschern oder Rechtsbeiständen etc.)
- Aufwandsentschädigung der Ombudspersonen
- Erreichbarkeit / Präsentation der Ombudspersonen

Dr. Christa Perabo **Madelaine Stahl**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5364/2017** Status: öffentlich Datum: 03.02.2017
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Lebensbedingungen und Perspektiven von Jugendlichen in Marburg 2017

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Bericht über die aktuelle Situation der in Marburg lebenden jungen Menschen zwischen 14 und 21 Jahren vorzulegen und dabei vor allem die folgenden Aspekte zu beleuchten:

1. Alter und Geschlecht

2. Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund

3. Wer besucht jeweils welche Schule und wie viel und welche Jugendlichen haben die Schule ohne Abschluss verlassen?

4. Welche besonderen Angebote gibt es, damit auch sozial benachteiligte Jugendliche einen guten Schulabschluss machen, einen Ausbildungsplatz, einen Studienplatz bekommen können?

5. Wie viele Jugendliche haben jeweils daran teilgenommen und welche Wirkung haben diese Angebote in den letzten Jahren gezeigt?

6. Wie stellen die Träger der Kinder- und Jugendhilfe und die Verantwortlichen für die Jugendarbeit in der Stadt Marburg sicher, dass neue gesellschaftliche und jugendkulturelle Entwicklungen bei den Angeboten berücksichtigt werden?

7. Welche Anforderungen an die Qualität der Angebote gibt es und wie werden diese Anforderungen seitens des öffentlichen Trägers der Kinder- und Jugendhilfe intern und extern kommuniziert und umgesetzt?

8. Welche Angebote für die Gestaltung ihrer Freizeit stehen Jugendlichen zur Verfügung und von welchen Jugendlichen werden sie genutzt?

9. Welchen Bedarf an weiteren Angeboten und Unterstützungsmöglichkeiten für welche Gruppen von Jugendlichen in Marburg sieht der Magistrat?

Begründung:

Bei den derzeitigen sozialpolitischen Diskussionen über gelungene Integration und Inklusion, über eine gute und zukunftsweisende Betreuung und Förderung von Kleinkindern und jungen Schulkindern, über quartiersbezogene Hilfesysteme für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung wird leicht die Situation der Jugendlichen in dieser Stadt aus dem Auge verloren. Jugendliche spielen leider meist nur dann in der politischen Diskussion eine Rolle, wenn sie ‚Probleme' bereiten. Allen ist zwar bewusst, wie wichtig ein gelungenes Erwachsenwerden unserer Jugendlichen für ein friedliches und solidarisches Leben der Gesellschaft ist. Leider wird zu oft übersehen, dass die Politik dafür eine Mitverantwortung trägt. „Auftrag der Jugendarbeit ist es, an den Interessen der jungen Menschen anknüpfend und im Interesse der Jugendlichen politische Entscheidungen zu befördern. Es geht auf der einen Seite um die Befähigung der Jugendlichen zur Beteiligung im Sinne von Selbstbestimmung. Dies schließt die Anregung und Hinführung zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zum sozialen Engagement mit ein. Auf der anderen Seite hat Jugendarbeit den Auftrag der strukturellen Sicherstellung der Beteiligung junger Menschen in Institutionen und Gremien. Dazu gehört es auch, sich für ein positives Bild der Jugend in der Öffentlichkeit einzusetzen und im Gemeinwesen und in den politischen Gremien vor Ort auf die gesellschaftliche Anerkennung, Akzeptanz und Teilhabe der Jugendlichen in der jeweiligen Kommune hinzuwirken." (Kommune als Ort der Jugendpolitik, Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter, November 2016, S.5)
Um zu klären, ob in Marburg den hier lebenden Jugendlichen eine ausreichend gute Unterstützung für eine chancengleiche Entwicklung gewährt wird, brauchen wir neue Informationen über ihre derzeitige Situation.

Dr. Christa Perabo **Madelaine Stahl**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5367/2017** Status: öffentlich Datum: 06.02.2017
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat soll zukünftig – zur Verbesserung der Transparenz und der Elterninformation – sicherstellen, dass im städtischen Internet ersichtlich ist, welche Plätze in der Kindertagesbetreuung angeboten werden.
Hierzu ist es notwendig, dass alle Anmeldungen zentral beim Jugendamt – Fachdienst Kindertagesbetreuung – zeitnah gemeldet werden.
Es soll weiterhin geprüft werden, ob durch eine zentrale Platzvergabe dem Elterninteresse auf die Betreuung ihres Kindes in einer von ihnen gewünschten Einrichtung verbessert werden kann.

Begründung:

Eltern melden ihr zu betreuendes Kind zu unterschiedlichen Zeiten in verschiedenen Kindertagesbetreuungseinrichtungen oft auch bei unterschiedlichen Trägern an. Dieses führt zu einem Vergabeverfahren, dass für Eltern intransparent ist und die Planungen bei der Sicherstellung ausreichender Plätze in den verschiedenen Einrichtungen erschwert.

Ulrich Severin
Matthias Simon

Gabriele Mensing

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/5368/2017** öffentlich 06.02.2017
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP)

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, eine langfristige, stabile und mit den betroffenen Einrichtungen gemeinsam entwickelte Planung für die zukünftigen Investitionen im Bereich der Kindertagesstätten vorzulegen.

Auf der Grundlage einer räumlichen und sozialstrukturellen Bedarfserhebung sollen für Kinder ausreichend Betreuungsplätze in modernen Einrichtungen zur Verfügung stehen, die den pädagogischen Anforderungen frühkindlicher Bildung, Förderung und Betreuung entsprechen. Bei der Ausgestaltung ist der Optimierung des baulichen Arbeitsschutzes für die MitarbeiterInnen (Lautstärke, Übersichtlichkeit) besonderer Vorrang einzuräumen.

Der Planungsentwurf ist der Stadtverordnetenversammlung nach Anhörung von AG 78 und Jugendhilfeausschusses vor der Sommerpause 2018 vorzulegen.

Auf Grundlage des beschlossenen Entwicklungsplans möge der Magistrat eine Umsetzungsplanung analog zum Modell BiBaP nach folgenden Kriterien entwickelt und im ersten Halbjahr 2018 der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorlegen:

- Vorbereitung von Bedarfs- und Prioritätenlisten durch die zuständigen Fachdienste
- Parallel Anmeldung des Bedarfs durch die Einrichtungen unter Beteiligung von MitarbeiterInnen und Elternvertretung
- Erstellung einer Gesamtplanung unter Beteiligung der Einrichtungen, der Freien Träger, der Elternvertretung sowie der betroffenen Fachdienste
- abschließende Planung für einen Zeitraum von 5 Jahren
- nur Vorhaben über 100.000 EUR sollen berücksichtigt werden (keine kleine Bauunterhaltung)

- Gesamtausgabenvolumen ca. 600 EUR pro Platz und Jahr (Schule: 540 EUR pro Kind und Jahr)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Sommer 2017 mit Auswirkung Haushalt 2018 das KiBaP. Bis zur Erstellung der Gesamtplanung sind keine neuen Maßnahmen zu beginnen, soweit es sich nicht um kurzfristig unvermeidliche Maßnahmen der Bauunterhaltung handelt.

Begründung:

Marburg hat in den vergangen Jahren enorm viel in die bauliche Verbesserungen der Kindertagesstätten investiert; einzelne Einrichtungen wurden komplett neu gebaut. Die baulichen Verbesserungen führten auch dazu, dass das Angebot der Kindertagesbetreuung erweitert und qualitativ verbessert werden konnte.

Es ist deshalb zunächst eine Bestandsaufnahme des zukünftigen Bedarfs für investive Maßnahmen zur Kindertagesbetreuung zu erstellen. Auf dieser Grundlage ist dann eine mittelfristige Bauplanung – etwa für den Zeitraum bis zum Haushalt 2021 – zu erstellen, die sowohl notwendige Sanierungsmaßnahmen wie auch den Um-, Erweiterungs- und Neubau von Einrichtungen umfasst.

Das vom Oberbürgermeister angeregte Bildungsbauprogramm (BiBaP) für Schulen hat sich bislang als großen Erfolg erwiesen und dazu geführt, dass für die gesamte Schulgemeinde Planungssicherheit auf Jahre entstanden ist.

Die Träger, Eltern und nicht zuletzt das Personal der Kindertagesstätten benötigen ebenfalls diese Planungssicherheit und sollen deshalb an der Erstellung des KiBaP von Anfang an beteiligt werden. Eine Gesamtplanung führt auch dazu, dass die Umsetzung eines solchen Bauprogrammes im Haushalt mit einer mittelfristigen Planung gut abgesichert werden kann. Zur Finanzierung der Umsetzung des KiBaP sollen alle möglichen Fördermittel von Bund und Land in Anspruch genommen werden.

Ulrich Severin **Gabriele Mensing**
Matthias Simon

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5369/2017** Status: öffentlich Datum: 06.02.2017
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kinderbetreuungs-Entwicklungsplan 2017 bis 2021

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird aufgefordert, bis zum Sommer dieses Jahres einen Kindertagesbetreuungs-Entwicklungsplan für den Zeitraum 2017 (Bestandsaufnahme) bis 2021 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Der Plan soll folgende Bereiche umfassen:

- Bedarf an Kindertagesbetreuung in der Stadt Marburg
- Darstellung der Einrichtungen (sozialräumliche Verteilung des Angebotes; Erreichbarkeit), Träger und Konzepte / Qualitätsstandards der Kindertagesbetreuung
- Personalbestand und –bedarf sowie Qualifikationsprofil und Fortbildungsbedarf
- Finanzbedarf und Einnahmen incl. der Beitragsentwicklung
- Investitionsbedarf (Instandhaltung, Modernisierung, Neubau)

Begründung:

Marburg verfügt über ein hochwertiges, vielfältiges Angebot zur Kindertagesbetreuung, das den Entwicklungsbedarfen vieler Kinder entspricht. Eltern und werdende Eltern brauchen für ihre familiäre und berufliche Entwicklung Planungssicherheit bei der Betreuung ihrer Kinder.
Ein Kindertagesbetreuungs-Entwicklungsplan wird zu einer besseren Orientierung der Eltern, aber auch der Träger beitragen. Für die Stadtverordnetenversammlung sind entsprechende Kennzahlen eine wesentliche Grundlage zur Haushaltsplanung bei der Absicherung des Finanzbedarfs der Kindertagesbetreuung.

Ulrich Severin
Matthias Simon

Gabriele Mensing

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.:	**VO/5313/2017**
	Status:	öffentlich
	Datum:	04.01.2017
Antragstellende Fraktion/en:	CDU	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Kinderbetreuung für Berufstätige

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern die Kinderbetreuung für junge Eltern mit Kleinst- und Kleinkindern, die studieren oder berufstätig sind, (kostenneutral) verbessert werden kann und hierzu entsprechende Vorschläge binnen 6 Monaten vorlegen.

Begründung:

Die Universitätsstadt Marburg liegt im Bereich der Kinderbetreuung im Spitzenfeld in Hessen. Für Eltern, die studieren oder berufstätig sind ist es jedoch zwangsläufig eine Herausforderung, Kinderbetreuung und Ausbildung/Studium/ Beruf in Einklang zu bringen. Deshalb soll der Magistrat prüfen, inwiefern das Betreuungsangebot für diesen Elternkreis verbessert werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwiefern auch kostenneutrale Verbesserungen vorgenommen werden können und welche Verbesserungen mit welchen zusätzlichen Kosten für die Eltern verbunden wären.

Mathias Range **Winfried Kissel** **Roger Pfalz**